

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

V. b. b.

Der Mahnruf

Kampfbblatt der Werktätigen

Der „Mahnruf“ erscheint wöchentlich. Redaktion und Verwaltung: Franz Glatzberggasse Nr. 20. Erscheinungstermin: täglich von 17 bis 19 Uhr. — Wiener Redaktion: Wien, XVII., Sauerbreygasse Nr. 24. Erscheinungstermin: jeden Mittwoch von 6—10 Uhr abends. Postamt Wien, 11., Sauerbreygasse 12. — Einzelhefte Artikel müssen mit Name und Adresse versehen sein.

Graz Wien
Februar 1929
Nr. 7 3. Jahrg.

Bezugspreis: Im Monatsabonnement mit Postzusendung wird jede Nummer mit 15 Groschen berechnet, im Straßenausverkauf mit 10 Groschen. Das Vierteljahresabonnement mit Postzusendung beträgt S. 1.40. Vierteljährliche Bezugsgeld für Deutschland Mk. 3.00. Die Bezugspreise sind im vorzuziehenden zu entnehmen. — Postfachkonto Nr. 69371.

Unseren brüderlichen Gruß, Leo Trotzky!

Der letzte Akt der Tragödie der russischen Revolution hat begonnen. Das herrschende Regime hat den Führer der Oktoberrevolution mit Gewalt aus der Sowjetunion vertrieben.

Das herrschende Regime zittert vor der unüberwindlichen Gewalt der Gedanken dieses Mannes, der wie ein Gigant alle überragend, in die Geschichte aufragt, ebenbürtig Lenin, Luxemburg, Marx und Engels.

Das herrschende Regime losgelöst vom Proletariat, noch nicht völlig verwachsen mit der herangewachsenen Bourgeoisie, sieht sich nicht sicher auf einem Schiffe des Erdkreises, solange in einem Winkel des Weltreiches der Mann lebt, dessen Taten die ruhmbedecktesten Blätter der Geschichte der Menschheit erfüllen, der den Massen der geknechteten russischen Arbeiter, den geknechteten Kleinbauern und Dorfsowjetarier das Symbol einer großen Vergangenheit und der Herold einer größeren Zukunft ist.

So haben sie, die Totengräber der Revolution, ihn aus dem Land vertrieben, ihn, den größten Sohn der Revolution.

So kehrt Leo Trotzky wieder in die Mitte des revolutionären Proletariats zurück, vielleicht, hoffent-

lich nach Deutschland, in das Land, in dem ein großes revolutionäres Proletariat seit zehn Jahren seiner Führer beraubt ist, seiner großen Führer Luxemburg und Liebknecht, erschlagen von den weißen Banden Noskes.

Die Meute der Bourgeoisie jauchzt. Was ihren Heeren nicht gelungen, das gelingt jetzt den Renegaten des Kommunismus, dem Stalinschen Regime: die Liquidierung der proletarischen Diktatur, die Aufriechtung der bürgerlichen Ordnung.

Die Sozialdemokratie triumphiert! Niemand weiß besser wie sie, was die Ausweisung Trotzky bedeutet. Voll Eifer nimmt ihr linkstes Blatt in Österreich „Der Abend“ (4. II.) Stalin in Schutz, für den Fall, daß Trotzky in Anatolien ermordet werden sollte.

Mögen die herrschenden Klassen jubeln! Mögen ihre sozialdemokratischen Lakaien jauchzen! Mögen die Kettenhunde Stalins in Europa bellern! — Wir Trotzkyisten, wie man uns nennt — und nie trügen wir den Namen so stolz wie jetzt — die wirklichen Kommunisten, grüßen ihn, der nun in unserer Mitte sein wird, den Sieger im roten Oktober, den Helden von Kasan, den Erben Leninscher Größe: Leo Trotzky!

Koalition in Sicht?

Von verschiedenen Seiten häufen sich in der letzten Zeit Koalitionsannäherungen. Sowohl vom christlichsozialen wie vom sozialdemokratischen Lager. Das Werden um die Koalition ist ja nicht neu. Die sozialdem. Führer geben sich ja wahrlich keine kleine Mühe, koalitionstüchtig zu werden. Insbesondere ihre Gewerkschaftspolitik, ihr krampfhaftes Ausweichen vor jedem Lohnkampf, ihr friedliches Verhalten vor den Heimwehren und ihre Preisgabe des Mieterschutzes finden im bürgerlichen Lager offene Anerkennung. Andererseits denkt die Bourgeoisie nicht im Traume daran, ihr Programm der verschärften Rationalisierung, des vollständigen Abbaues des Mieterschutzes und schließlich der Verfassungänderung, auch nur um ein Jota abzuändern.

Gegen diesen Kurs, die Opposition zu mimien, ihn mit Worten zu bekämpfen, das allein gestattet der S. P., noch große Arbeitermassen bei der Stange zu halten. Andererseits drängen einflussreiche bürgerliche Schichten innerhalb der S. P. (Gewerbetreibende, Kaufleute, bürgerliche Intelligenz) immer stärker zur Koalition, um an der Regierungsschippe mitzunutzen. Im christlichsozialen Lager sind es die kleinstädtischen Schichten (Kunisch!) und die mittelbäuerlichen Kreise (Niederösterreich, Bauernbund!), die eine Koalition mit der S. P. der mit dem Landbund vorziehen; denn der Landbund folgt am Lande durch seine Agitationspolitik in Agrarfragen und in der Stadt durch seine offene Hausherrenpolitik den Christlichsozialen großen Schaden zu. Trotz dieser Koalitionsströmungen scheint es wenig wahrscheinlich, daß die S. P. das Programm der Koalition offen, d. h. als Regierungspartei durchführen wird. Für sie ist es als Gesamtheit vorteilhafter, die „unversöhnliche Opposition“ zu mimien.

Blutiger Heimwehrüberfall in Gloggnitz.

Sonntag den 3. d. sollte im Gloggnitzer Arbeiterheim eine sozialdemokratische Versammlung stattfinden. Bewaffnete Heimwehrformationen fuhrten in Autos an und besetzten den Saal. Als der sozialdemokratische Referent Pächler das Wort ergriff, wurde er von den Heimwehrlumpen von der Rednertribüne gerissen. Auf die anwesenden Arbeiter schlugen die Heimwehrschaften mit Gummiknüppeln, Fäden und Spaten los. 25 Arbeiter wurden verletzt. Die Insaeneinrichtung des Arbeiterheims zerstört. Die Arbeiter verteidigten sich und schlugen die Feinde hinaus. Die Arbeiter des Mühltales und der Umgebung von Gloggnitz wollten nicht früher mehr zur Arbeit zurück, bis nicht alle Heimwehrlumpen aus dem Vertrieben entfernt sind. Die S. P. Führer, Komms an der Spitze, haben das Feuer der Empörung unter den Arbeitern wieder gedämpft. Einmal wird das nicht mehr gelingen.

Mit Barrakaden eine Massenbelogierung in Wien abgewehrt.

Die Veranstaltung des Männerheimes in Wien, 17. Bez., veranlaßte am 6. d. die Belogierung von 140 Heimbewohnern. Gegen 200 Polizisten waren zur Ausrüstung herbeigeholt worden. Die Heimbewohner weigerten sich, das Heim zu verlassen. Die Polizei ging mit Gummiknüppeln zum Sturmangriff über. Die Heimbewohner, unterstützt von den Arbeitern der Umgebung, verbarrakadierten sich. Mit Gießern und Stählen wurde die ankommende Polizei emp-

fangen. Die Verwaltung erklärte sich darauf bereit, die Belogierten noch eine Nacht zu behalten.

Arbeitslosendemonstrationen in Ungarn

Budapest. Arbeitslose zogen nach einer Versammlung mit den Rufen: „Gibt uns Arbeit, gebt uns Brot!“ vor das Parlament. Polizei trieb die Demonstranten auseinander. — Überall dasselbe Bild. Polizeiknute statt Brot.

Die Landesregierung bereit, zu einer 2. Brennstoffausgabe die Hälfte der Kosten beizutragen.

Wir berichteten in Nummer 5 des „Mahnrufes“, daß eine Deputation, bestehend aus den Genossen Wagner, Pfneißl, Koch und Friebl bei der Landesregierung sowie bei der Gemeinde die Ausgabe einer zweiten Brennstoffausgabe, sowie die Erhöhung der Pfrändenerunterstützung auf das Ausmaß der Arbeitslosenunterstützung forderten. An die Gemeinde wurde noch die Sonderrforderung gestellt, Arbeitslose, die nicht imstande sind, verfallene Pfränder einzulösen, eine jenseitige Fristverlängerung bis zur Wiedererlangung von Arbeit zu geben.

Wie aus nun mitgeteilt wurde, hat die Landesregierung sich bereit erklärt, zu einer zweiten Brennstoffausgabe die Hälfte der

Kosten beizutragen. Die andere Kostenhälfte müssten sowie bisher die Gemeinde übernehmen. Über die Erhöhung der Pfränderunterstützung hat die Landesregierung, die im Vorjahre den Pfrändern ein Geschenk von 200.000 Schilling machte, geschwiegen.

Die Entscheidung, ob endlich eine zweite Brennstoffausgabe an die Arbeitslosen auszugeben wird, liegt nun bei den Gemeinden und in den Gemeinden bei den Sozialdemokraten, die bisher für eine zweite Brennstoffausgabe taube Ohren hatten. Bei der Gemeinderatswahl werden sie die Arbeitslosen aber wieder haben.

Kampf der Arbeiter gegen die Faschisten.

Im Gatter Kohlenrevier in Niederösterreich wurde die Arbeit niedergelegt, weil die Arbeiter sich weigerten, mit einem Heimwehrfaschisten zu arbeiten, der in Slogann bei Überfall dabei war. Durchs Revier ging ein Sturm: „Schnau mit der Heimwehr aus den Betrieben!“ Die Sozialdemokraten haben die Arbeiter so lange bearbeitet, bis die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Die russische Revolution am Scheideweg.

(Schluß)

Wer aber ist der Träger der Konterreolution? Ist es die weiße Gef. br. die gestürzte Vergangenheit? Mit aller Schärfe hat Trotsky sie die Aufklärung vertreten daß dieser Träger im Schoße der Partei selbst herangewachsen, und zwar am rechten Flügel.

Sein Sieg, die Durchführung seiner Politik, das ist der Thermidor, das Umschlagen der Revolution in die Konterreolution. Aber „der Thermidor ist nur eine Etappe auf dem Wege zum Bonapartismus“. „Wir haben“, schreibt Trotsky in seinem Brief, „zur Lage in Rußland“ (21. X. 1928) „früher schon mehr als einmal darauf hingewiesen, daß die feierliche bürgerliche Konterreolution die Form des Faschismus oder Bonapartismus annehmen müsse, aber ganz und gar nicht die Form der bürgerlichen Demokratie...“

Heißt das, daß die Thermidorianer, die rechten Bolschewiki, abgelöst werden müssen von noch reaktionären weißen Gruppierungen? Es kann eine solche Ablösung stattfinden, aber es muß nicht der Fall sein, es kann, wie Trotsky meint, auch „der Meister (Stalin) selbst auf das weiße Ross zu sitzen kommen“. Der Wandel vom Bolschewik zum Thermidorianer ist nicht größer, wie der vom Thermidorianer zum Bonapartisten.

Stalin hat in den letzten Monaten große Siege über die Rechten errungen. Er hat ihnen die Moskauer Organisation abgenommen und ihre Positionen in der Komintern zertrümmert. Aber diese Siege sind begleitet von dem Übergang des Zentrismus, Stalins auf die Positionen der Rechten. Dieser Übergang allein ermöglichte den Sieg. Aber dieser Übergang verschärft den Gegensatz zwischen dem herrschenden Regime und der Arbeiterklasse. Auf dieser Basis erfolgt beginnend die Umgruppierung der Arbeiterklasse von den Positionen des Zentrismus zur Position der Opposition. Aber diese Umgruppierung stellt den Sieg Stalins über die Rechten wieder in Frage, weil sie das Gewicht des Zentrums schwächt und im selben Maße das der Rechten stärkt. Es ist das Gesetz der Machtbehauptung das nun Stalin zwingt, zum entscheidenden Schlage gegen die revolutionäre Arbeiterklasse aufzuzuholen: zum Ausnahmezustand.

Noch ist nicht restlos klar, was sich jetzt in Rußland abspielt. Die Linie wohl, nicht aber das Tempo. Wenn die Lamine losgeht, trübt der Schneefall den Blick. Wenn der Staub verfliegen, wird die Katastrophe sichtbar. Mit rasender Wucht faßt die Faust des Bürokratismus auf die Arbeiterklasse nieder. Der „Würger“ reißt das sahle Ross des Thermidors.

Vielleicht sprünzt er, schneller als wir es denken, auf das weiße Pferd des Bonapartismus. Vielleicht kann er heute noch vom sahlen Ross zum Abstieg gezwungen werden. Und morgen muß man ihn vielleicht mit offener Gewalt vom weißen Ross herabholen. Wie gesagt: die Linie ist losgeraten und der Schneefall bricht vorübergehend den Blick.

Warum die Arbeitslosenversammlung am Freiheitsplatz und die Demonstration verboten wurde.

Die Polizeidirektion hat als Begründung § 6 B. G., das aus dem Jahre 1867 noch in

Kraft ist (!) — Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und des öffentlichen Wohles — angegeben. Das war nur eine Kulisse. Das Verbot wurde von den Heimwehrkreisen gefordert, die in den christlichsozialen Krankenkassen als ehemalige Offiziere außer den hohen Pensionen noch riesige Gehälter einstreden. Nach unseren Veröffentlichungen im „Mahnruf“ über ihre Gehälter und Pensionen hatten sie nämlich Angst, von den Arbeitslosen aufgeführt zu werden. Ferner forderte die Handelsbourgeoisie, die großen Geschäftsleute, das Verbot. Sie waren besorgt, daß der Profitfluß während der Zeit, da die Arbeitslosen durch die Stadt demonstrieren, ins Stocken kommt. Und die Polizeidirektion hat als treuer Hüter der Bourgeoisie ihrem Befehl befolgt. Warum das Verbot in letzter Stunde erfolgte, haben wir im vorigen „Mahnruf“ aufgezeigt. Aber die Mitschuld der S. P. schreiben wir an anderer Stelle.

Angeheures Ansteigen der Arbeitslosigkeit.

Täglich um 2000 Arbeitslose. — Was macht die Gemeinde Graz?

Sprunghaft steigt die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag. Sie hat längst das Niveau von 1928 überschritten. Mit zynischer Ruhe steht die Regierung dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu. Sie hat kein Interesse an Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, denn je mehr Arbeitslose, desto brutaler treten die Unternehmer den Betriebsarbeitern entgegen.

Wie die Gewerkschaftsführer und die sozialdem. Parteiführer den Kampf der Arbeitslosen „unterstützen“, das haben wir am deutlichsten in Graz erlebt. Der feige, schändliche Aufruf der Gewerkschaftsbürokratie gegen das Arbeitslosenkomitee hat der Hintelen-Regierung und der Polizeidirektion das Rückgrat zum Verbot der Arbeitslosendemonstration gegeben. (Nebenbei: das verräterische Flugblatt der Kaffileute hat den Gewerkschaftsbongon erst ihr Spiel ermöglicht.)

Was aber macht unsere Grazer Gemeinde, um

Regerauffstand im Kongo.

Die Neger, die im Kongo von den französischen Kolonialgesellschaften mit brutaler Gewaltanwendung ausgebeutet werden, haben gegen die Bedrücker zu den Waffen gegriffen. Eine Vorleistung von den Franzosen im Kongo gibt über den Bevölkerungsrückgang. Von 9 Millionen sind 6 Millionen in 10 Jahren zugrundegegangen. Beim Bau der Eisenbahnlinie Kongo-Ozean allein 18.000. Mit Revolvern und Peitschen werden dort die Neger bei der Arbeit gemartert.

Arbeitslosendemonstration in Südafrika.

Bei der Eröffnung des Parlaments in Kapstadt demonstrieren die Arbeitslosen für ihre Forderungen. In den Armenvierteln wurden im Anschluß an die Demonstration Häuserläden eskaliert.

das Los der Arbeitslosen zu lindern? Was machen die sozialdem. Gemeinderäte? Wendet sie wenigstens einen Teil ihrer Einkünfte aus Arbeitersteuern für die Arbeitslosen auf?

Verwendet sie wenigstens solche brutale Massenteuern wie die Landesgebäudesteuer, die jeder Mieter zu zahlen hat, zum Bau von Wohnungen für Wohnungs- und Obdachlose, zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten?

Nein! Die Herren, die in ihrem Gemeindefiskus für die Oper und für den Stadtpark Milliarden zur Verfügung stellen, haben für die Arbeitslosen kein Geld!

Die Arbeitslosen werden am 14. April daran nicht vergessen! Sie werden den Kampf mit aller Kraft fortführen.

Offener Brief des Arbeitslosenkomitees an die Landesregulative Steiermarks des Bundes der freien Gewerkschaften Österreichs!

Werte Genossen!

Am 28. Jänner habt Ihr Euer „Manifest“ an die Arbeitslosen erlassen, seid Ihr den Arbeitslosen, die mitten im Kampf standen, am Vorabend einer Demonstration in den Räden gefallen. Ihr habt indirekt mit Eurem Flugblatt Hintelen und Runze aufgefordert, die Demonstration zu verbieten. Die Reaktion tat es direkt. Wir haben gegen das Verbot an die Landesregierung reklamiert. Wie haben Eure vier Mitglieder in der Landesregierung, das heißt, wie haben die vier sozialdem. Koalitionsgenossen des Herrn Hintelen sich gegenüber dem Aktus verhalten? Habt sie die sofortige Aufhebung des Verbots verlangt? Ja oder nein? Im Namen der Arbeitslosen, die unserm Rufe gefolgt sind und die wir nicht vor die Korabauer der Polizei treiben lassen, fordern wir Euch auf, uns sofort unsere Frage zu beantworten.

Werdet Ihr keine Antwort geben, wird es sich herausstellen, daß Ihr die Aufhebung nicht verlangt habt, dann werden wir Euch als die Mitschuldigen am Verbot, als die Bundesgenossen Hintelens und Runzes gegen die Arbeitslosen erklären.

A. Pfeiffer, A. Wanner, A. Koch, S. Friedl

Verbreitet den „Mahnruf“!

Die „Internationale“ staatsgefährlich.

Turner, die in Jesenice, Oberkain, die Internationale sangen, wurden vom Turnsaal weg in Untersuchungshaft geführt.

Gemeinderatswahlen in Vorarlberg.

Die Christlichsozialen haben in den meisten Orten Mandate an die Sozialdemokraten verloren.

Der Bundesführer der Heimwehr mißhandelt Kinder.

Heimwehrführer Dr. Steidle wurde am 4. d. in Innsbruck von einem Passanten beschimpft. Steidle, der in Tirol allmächtig ist, ließ ihn verhaften. Auf der Wache erklärte der Verhaftete, Zeuge gewesen zu sein, wie Dr. Steidle ein fremdes Kind, weil es am Sitter seiner Villa spielte, mit einem Stock schlug. Darüber habe er sich aufgeregt. Nach Aufnahme des Tatbestandes erfolgte die Entlassung.

Gegen das Anstellen vor dem Finanzgebäude.

In der vorvorigen Woche mußten die Arbeitslosen vor dem Finanzgebäude bis zu zwei Stunden in der Kälte stehen, bevor sie ihr Geld bekamen. Eine Deputation von uns ging zur Landesfinanzdirektion und forderte dort die sofortige Beseitigung dieses Zustandes. Der Landesfinanz-Direktor erklärte, bereit zu sein, jede zweckdienliche Anordnung zu treffen, damit kein Arbeitsloser mehr im Freien warten muß. Sollte sich das Anstellen vor dem Finanzgebäude trotzdem wiederholen, dann werden wir den Landesfinanz-Direktor sofort an sein Versprechen erinnern.

Im Namen der Republik!

Vor dem Bezirksgericht Graz für Stoffachen, Abteilung I, ist heute in Gegenwart der Privatanklägerin Josefine Doswald und in Abwesenheit des P. Ankl. Dr. Georg Simpl, in Anwesenheit des Vertreters derselben Dr. Herbert Dölzer und des Angeklagten Albert Pfnestl über die Anklage verhandelt worden, die die Privatankläger gegen Albert Pfnestl, geboren am 18. Juli 1897 in Willach, vollständig nach Wien, konfessionslos, verheiratet, verantwortlicher Schriftleiter des „Mahnrufes“, Volksgartenstraße 6, wegen der Übertretung nach § 30, des Press-Gesetzes erhoben hatten.

Aber den von den Anklägern gestellten Antrag auf Bestrafung und Veröffentlichung des Urteils im „Mahnruf“ hat das Gericht zu Recht erkannt: Der Angeklagte Albert Pfnestl ist schuldig, er habe als verantwortlicher Schriftleiter der in Graz erscheinenden Zeitung „Der Mahnruf“, in der im Jänner 1929 erschienenen Nummer 3, des dritten Jahrganges auf Seite 3 den Artikel: „Geschichten aus Liggist“, durch welchen die beiden Privatankläger Josefine Doswald und Dr. Georg Simpl dem öffentlichen Spott ausgesetzt wurden, abdrucken und verbreiten lassen, ohne denselben lesen, beziehungsweise ohne sich vorher von dem Inhalte desselben Kenntnis verschafft zu haben, er habe somit als verantwortlicher Schriftleiter einer Zeitung jene Sorgfalt vernachlässigt, bei deren pflichtmäßiger Anwendung die Aufnahme des strafbaren Inhaltes unterblieben wäre, und habe hierdurch die Übertretung nach § 30, des P. G. vom 7. April 1922, B. V. Nr. 218 über die Presse beangen; er wird gemäß desselben Gesetzesstelle zu 50 Schilling Geldstrafe, im Falle der Uneinbringlichkeit derselben zu 10 Tagen Arrestes und gemäß § 389 St. B. O. — zum Erfasse der Kosten des Strafverfahrens und des Vollzuges verurteilt. Gemäß § 5, Absatz 2, des Pressgesetzes hielten der Herausgeber und der Eigentümer der Zeitung des „Mahnrufes“ zur ungeteilten Hand mit dem Verurteilten für die Geldstrafe und die Kosten des Strafverfahrens. Gemäß § 43 des Pressgesetzes wird der Angeklagte Albert Pfnestl zur unentgeltlichen Veröffentlichung des Urteils in der Zeitung „Der Mahnruf“ verpflichtet. Die Veröffentlichung muß in der ersten oder zweiten Nummer, nachdem das Urteil rechtskräftig geworden ist, in der im § 23 des Pressgesetzes vorgeschriebenen Weise erfolgen. Die Veröffentlichung in der Zeitung ist durch Hinterlegung der Nummer, in der sie erfolgt, binnen 8 Tagen nach Ablauf der hierfür bestimmten Frist dem Gerichte nachzuweisen. Die Kosten der Veröffentlichung gehören zu den Kosten des Strafverfahrens.

Graz am 21. Jänner 1929.

Dr. Tertnit e. h. Dr. Knappitsch e. h.

Die Not der arbeitslosen Mütter und die Rücksichtslosigkeit der J. B. R.

Die Grazer Industrielle Bezirkskommission (IBK) hat die Weisung gegeben, Frauen, die in ihren Bezirken nicht mehr untergebracht werden können, als Dienstmädels oder Bedienerinnen zu vermitteln. Unter diesen Frauen sind Mütter, die für die Erhaltung ihrer Kinder ganz allein aufkommen müssen. Das Alimentationsgeld, das manche bekommt, ist sehr gering, denn der Kindesvater ist vielleicht selbst arbeitslos oder sein Verdienst ist so gering, daß er nicht viel leisten kann. Die ganze Last liegt auf den Schultern der Mutter. Was macht nun eine Mutter, die vom Arbeitslosenamt nach den Weisungen der J. B. R. als Dienstmädel vermittelt wird? Sie muß ihr Kind in fremde Pflege geben. Unter 40 Schilling bekommt sie kaum einen Kostplatz. Womit bezahlt sie die 40 Schilling. Mit ihren Lohn — wenn er so hoch ist! Und Monat um Monat muß sie nun ihr ganzes Geld für den Kostplatz des Kindes ausgeben. Es bleibt diesen Müttern kein Geld zum Leben. Ihr Leben ist damit schon ausgelöscht, sie vegetieren nur mehr für die Kostgeldlohn. Als Bedienerin vermittelt, geht ihr Leben ebenso einem grauen Ende

zu. Die „gnädige Herrschaft“ zahlt der Bedienerin, die den ganzen Tag über arbeitet, 25 Schilling, wenns hoch geht 30. In der früh bringt in diesem Falle die Mutter das Kind in den Kindergarten oder in die Kindergrube. Abends, wenn sie mit dem Kind wieder nach Hause kommt, sind Mutter und Kind noch hungrig. Kleider und Schuhe sind auch notwendig, der Zins soll bezahlt werden. Womit alles? mit 30 Schilling?

„Ich kann mit 30 Schilling mich und mein Kind nicht erhalten“, sagte eine arbeitslose Mutter, die einen Bedienungsposten um diesen Betrag annehmen sollte, im Grazer Arbeitslosenamt. „Was geht uns ihr Kind an“, antwortete die Beamtin, Annehmen oder die Unterfütterung wird wegen Arbeitsverweigerung eingestellt. Die sozialdemokratischen Arbeitervertreter sollten (sie tun es aber nicht) in der J. B. R. gegenüber den Bürokratischen den Standpunkt vertreten: Arbeitslose, alleinstehende Mütter dürfen nur für solche Arbeitsposten vermittelt werden, wo der Lohn dementsprechend ist, daß Mutter und Kind davon leben können, sonst muß die Gemeinde für die Erziehungs- und Verpflegskosten der Kinder aufkommen. Eine Arbeitslose.

Ist Nagel Schalterbeamter oder Gefängniswärter?

Die Beschwerden der arbeitslosen Frauen, die dem Schalter 4 des Arbeitsnachweises zugeteilt sind, häufen sich. Folgender Brief wurde uns zur Veröffentlichung zugesandt:

„Herr Nagel verkehrt mit den Arbeitslosen in einem äußerst brutalen Ton. Vor dem Schalter fragen sich die Frauen oft: Wo sind wir, im Arbeitslosenamt oder in der Karle? Ist Nagel ein Schalterbeamter oder ein Gefängniswärter? — Vor einigen Tagen gab Nagel einer Arbeitslosen eine falsche Kontrollkarte. Er wurde darauf aufmerksam gemacht. Anstatt den Irrtum in anständigem und höflichem Ton zu korrigieren, brüllte er die Arbeitslose an: Habns dos net glei gsehn — und riß ihr die Karte aus der Hand. Einer Arbeitslosen, die vermittelt zu werden drängte, gab er zur Antwort: Hob la Arbeit, heirats oder hängt's euch auf! — Herr Nagel, vergessen Sie nicht, daß Sie von den Versicherungsbeiträgen der Arbeiter bezahlt werden und daß ein überspannter Bogen bricht. Die JBR wird aufgefordert, endlich Herrn Nagel zurechtzuweisen.“

Wärrere arbeitslose Frauen

Der Haß der Weltbourgeoisie gegen Leo Trotzky.

Wir geben die folgenden Äußerungen der bürgerlichen Presse wieder, aus denen die Arbeiter entnehmen können, mit welchem Haß Trotzky von der Bourgeoisie verfolgt wird:

„Berliner Börsenzeitung“ vom 1. 1. 29:

„Deutschland hat in diesen schweren Zeiten genug mit sich selbst und mit der Aufrechterhaltung seines inneren Gleichgewichts zu tun, und wir halten es für überflüssig, sich noch künstlich neue Belastungen zu schaffen, indem man gaffrei dem stärksten Propagandisten des Bolschewismus Gelegenheit gibt, seine Propagandakraft in einem Lande zu betätigen, das nach seiner Meinung für die bolschewistische Ernte am ehesten reif gemacht werden kann.“

„Hamburger Nachrichten“ (deutschnational):

„Nag aus die Gruppe der Anhängerschaft Trotzky's zahlenmäßig nicht groß sein, das von ihr versprochene Gift gegen Stalin und seine Leute tut doch seine Wirkung. Es rächt sich heute der Fehler Stalins, daß er Trotzky, Rabel und ihre Anhänger nicht kurzerhand nach der üblichen Methode ins Jenseits beförderte.“

„Leipziger Volkszeitung“:

„Die Trotzkyisten repräsentieren jenen Teil der Kommunistischen Partei, der im proletarisch klassen-

mäßigen Sinne am standhaftesten ist, der am meisten erfüllt ist von proletarischer Ideologie, der aber auch zugleich die utopischsten Tendenzen des Kommunismus vertritt . . .

. . . aus diesem Grunde sind das trotzkistische Wirtschaftsprogramm und die trotzkistische Bauernpolitik von lebensfremder Utopisterei erfüllt.“

„Grazer Tagespost“ vom 3. 3. 29:

Die Schonung Trotzky's findet ihren Ausdruck darin, daß er heute überhaupt noch lebt. Bei den heutigen Verhältnissen wäre es ein Leichtes, Trotzky zu erschießen oder ihn auf irgendeine Weise umbringen zu lassen, die Verantwortung dafür wird aber wohl keiner seiner ehemaligen Genossen auf sich nehmen. Wozu gewaltig ist immer noch die Autorität dieses Mannes, dem das Sowjetregime seine Existenz verdankt. Die triumphierenden Feinde Trotzky's klammern sich selbst an sein Leben, um sagen zu können: Seht, er wird am Leben gelassen, weil er uns nicht gefährlich sein kann; so stark sind wir. Sie sind aber gar nicht „so“ stark, und Trotzky ist ihnen wohl gefährlich. Sie haben Furcht vor ihm, und müssen Furcht vor ihm haben. Darum ma, es ihnen wohl das Klügste scheinen, wenn er sein Leben im Ausland beschließt. Jrgendwie. Vielleicht, daß sich ein exaltierter Monarchist der Sowjets erbarmt . . .

Grazer und Voitsberger Arbeitslose in einer Front.

Am 2. Februar fand im Gasthaus Badlau eine Versammlung der Arbeitslosen vom Bergwerksrevier Voitsberg statt. Genosse Kaiser, Gemeinderat von Tregitz, eröffnete die Versammlung mit der Tagesordnung: „Gleiche Unterstützungserhöhung für alle Arbeitslosen und Brennstoffausgaben durch die Gemeinde. Als Referent sprach Genosse Friedl aus Graz. Seine Ausführungen wurden mit Zustimmung verlesen. In der Debatte sprachen die Arbeitslosen Novak, Wajinger, Woijsch und Reif. Die anwesenden Frauen protestierten gegen das lange Anstehen vor dem Finanzgebäude. Eine Deputation, bestehend aus den Genossen Afl. Prettenhaler, Wanderer, Woijsch, Wajinger, Gottbard und Kaiser Franz wurde beauftragt der Bezirkshauptmannschaft und der Gemeinde folgende Forderungen zu überreichen: 1. Erhöhung der Notstandsausgabe, 2. unentgeltliche Kohlenausgabe, 3. Arbeitsbeschaffung vor allem durch rasche Inangriffnahme des Vaterstraßenbaues. Es wird demnachst wieder eine Arbeitslosenversammlung stattfinden, wo die Deputation Bericht erstatten wird (Voitsberger Arbeiter-Korrespondent.)

Ein gerichtsbekannter Unternehmer.

Der „Mahnruf“ hat die Praktiken des Raxtonnagensfabrikanten Rokal am Bischofplatz der Öffentlichkeit schon einmal bekanntgegeben. Beim Gewerbegericht ist er ständiger Gast. Trotz alledem — Rokal beutet die jugendlichen Arbeiterinnen noch weiter für 13 S Wochenlohn aus. Und er stellt nach wie vor Jugendliche zu Maschinen, deren Bedienung nur von Arbeitern besorgt werden darf. Zur Aufrechterhaltung dieses Ausbeutensystems tragen sehr viel die drei Vorarbeiterinnen Wehofer, Dayer und Fuggi bei, die fest zum Unternehmer halten und für denselben um ein paar Silberlinge die Antreiber abgeben. In der halbständigen Mittagszeit sind diese Unternehmerinhaberinnen dann noch so unerschrocken, von den jugendlichen Arbeiterinnen, die selbst eine Ruhe haben wollen, die Besorgung des Mittagessens zu verlangen. Eine ebenfalls Bekannte.

„Ein rätselhafter Schuh“.

Unter diesem Titel meidet das „Tagblatt“, daß in der Nähe des Unfall-Krankenbauhauses am Sonntag, dreieiertel 10 Uhr vormittags, beinahe ein Passant

erschossen worden wäre, und daß darüber Erhebungen gepflogen werden. Diese werden zu keinem Resultat führen, weil der Schuß in der Heimwehrschießschule der Baumhauerschule, wo auch große Waffenlager der Heimwehr sind, abgefeuert wurde. Und der Heimwehr darf die Polizei kein Haar krümmen.

„Hoch Pabst“.

Im niederösterreichischen Landtag haben die Bürgerlichen während der Rede der Sozialdemokraten über den Sloggnitzer Heimwehrüberfall „Hoch Pabst“ gerufen. Pabst war am Nord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht beteiligt, und organisiert nun von Innsbruck aus die Heimwehren.

Babesfiger Dr. Just — Heimwehr-agitator.

Um die Arbeiter zur verhassten Heimwehr zu zwingen, gehen die Unternehmer auch in Graz daran, die Arbeiter zum Eintritt in die Heimwehr aufzufordern. Am 28. Jänner ließ der Direktor des Bades „Zur Sonne“ alle Angestellten in die Kasse rufen. Dort stand zur Überraschung Aller ein Funktionär der Heimwehr. In dessen Gegenwart stellte nun der Direktor die Forderung, der Heimwehr beizutreten. Nur so fort! Umso deutlicher kommt der Charakter der Heimwehr, Unternehmerrwehr, Herrenschäppler zu sein, zum Ausdruck.

Die Nordgefellenzeitung.

Der aus Deutschland geflohene Rapp-Butschist, Pabst, der an der bestialischen Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs teilgenommen hat, hält sich bekanntlich in Innsbruck auf und organisiert von dort mit dem Gelde der Industriellen die Heimwehr. Dieser Tage hat eine Grazer Zeitung von diesem Nordgefellen einen Artikel angenommen und veröffentlicht. Es war das „Grazer Tagblatt“!

Der Dranger.

Karl Kraus, als Kämpfer und Künstler ein Gigant inmitten der Kleinbürgerlichen Intelligenz, aus der er hervorging, hat im Dezember v. J. gemeinsam mit Henri Barbusse an den Justizminister ein Schreiben gerichtet, das der „Abend“ am 12. Dezember verflümmelt wiedergab. Am 24. Jänner veröffentlichte er die von Karl Kraus eingefangene Berichtigung und knüpfte daran folgende, schamlose Bemerkungen, die beweisen, daß kein aufrechter Revolutionär vor den Pressepötchen des Reformismus sicher ist. Diese Berichtigung beweist wieder einmal, daß der Meister des Querulierens den letzten Zweck nicht in der Sache sieht, sondern darin, daß sein Wort erfüllt werde. Im übrigen läßt ja das Pressegesetz die verschiedensten Leute an die Berichtigungskrippe, wir haben schon von Fergabel und Rothfod Berichtigungen bekommen, warum nicht von Karl Kraus? Soll er auch das Faxcel heben und sein Berichtigungsklatzel machen.“

Zur Ausweisung Trotzky's schreibe die Berliner „rote Fahne“ unter anderem: „Der freundliche Empfang, der Trotzky . . . seitens der Bourgeoisie zuteil wird . . . ist die furchtbarste Anklage für einen Mann, der durch eine Reihe von Jahren ein Sanktspiel in der Partei der russischen Revolution, in der bolschewistischen Partei gegeben hat . . .“ Die Organisierung des Aufstands, die Vernichtung der Konterrevolution, der Aufbau des Sowjetstaates, das nennen bräbete Kreaturen heute „ein Sanktspiel“. Das schreibt ein Hans Neumann, der im November 1927 vom Sankton zum Genzlong aus die Kommunisten vom Sankton zum Putz zwang. Insbesondere bedurch am Weller feierte, worauf er mit R. Ferrer flüchte und ein letztem R. Ferrer aus Genzlong abhaupte.

Wie die Gemeinde für die Alten und Siechen sorgen sollte.

Das Versorgungshaus gleicht noch immer einer Strafanstalt. Eheleute, die jahrzehntlang miteinander gelebt haben, werden auseinandergerissen und getrennt kaserniert. Anstatt den Alten und Siechen Renten zu geben, mit denen sie leben können, wird durch die schändlich niedere Armenunterstützung der indirekte Zwang weiter ausgeübt, ins Versorgungshaus zu gehen. Die Ausgaben für das Versorgungshaus sind für das Jahr 1929 mit 954.500 S berechnet. Da der Überschuss an Pflöglingen 850 beträgt, kommt ein Pflögling auf 98 S im Monat. Er bekommt aber bei weitem nicht diesen Wert. Für seine Tagesverpflegung wird z. B. nur 1 S ausgegeben, für Alle 210.000 S im Jahr. Wohin kommt das andere Geld? Für Kleider, Schuhe usw.

Ja! Aber eine riesen Summe kostet der Verwaltungsapparat. Während die Verpflegung für alle Pflöglinge im Jahr nur auf 210.000 S kommt, macht der Jahresgehalt des Direktors, seiner 5 Rangleibeamten, des Pfarrers und Meßners, der beiden Ärzte und des Bademeisters allein 70.500 S im Jahr aus.

Wir treten dafür ein, daß die Gemeinde die 93 S den Alten und Siechen, die Verwandte und Bekannte haben, die sie in Pflege nehmen, auf die Hand gibt und sie alle werden ihren Lebensabend lieber außerhalb der Versorgungsheime verbringen. In den Versorgungshäusern sollen nur die bleiben, die freiwillig hineingehen, da sie draußen keine Pflege und Stütze haben.

Die Kommun. Opposition stellt eine eigene Kandidatenliste für die Grazer Gemeinderatswahl auf.

Die Bürgerlichen und die Sozialdemokraten werden mit Millionen von Flugschriften und Plakaten unsere Stimme zu unterbrechen versuchen. Damit ihnen das nicht gelingt, ist es notwendig, daß die Parteimitglieder, die Leser des „Rahnrufes“, die Arbeiter und Arbeiterinnen

rasch und unermüdetlich mit den Wahlfondsammlungen für die Kommun. Opposition einsehen. Wahlfonds sind zu holen: Elisabethiner gasse 20 und ebendort zwischen 5 und halb 7 Uhr abzurechnen.

Rücksichtslos gegen Arbeitslose.

Ein schwerkranker Arbeitsloser wird gezwungen, die Arbeitslosen-Unterstützung selbst zu holen, und bricht im Finanzgebäude zusammen.

Ein Arbeitsloser, kaum aus dem Spital nach einer schweren Lungen- und Rippenfellentzündung entlassen, ersuchte den Beamten vom Schalter sieben, seiner Frau zu gestatten, für ihn die Unterstützung zu holen. Der Beamte, rücksichtslos, bestand, der kranke Mann muß selbst die Unterstützung heben. Die Folge war, daß dieser am 7. d. im Finanzgebäude zusammenstürzte und mit der Rettungsabteilung weggeführt werden mußte. Die Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeitslosen kommt auch darin zum Ausdruck, daß bei der gegenwärtigen starken Grippe-Epidemie diese entweder im kranken Zustand stempeln gehen müssen oder sonst für die Lage der Krankheit die Unterstützung verlieren. Gegen Arbeitslose kennt die bürgerliche Gesellschaft keine Rücksicht. Sie werden schlechter als Hunde behandelt.

Arbeitslose!

Freitag, 15. d., 1/2 3 Uhr nachm.

Arbeitslosen-Versammlung

Sternsäle, Grenadiergasse.

Vollzählig erscheinen!

Aus dem Markt der Arbeiter.

Die Grazer-Rösslacher Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft zahlt für das abgelaufene Jahr eine 5 Prozent Dividende aus. Sie erklärt, daß der Geschäftsgang sehr gut war. Dafür haben die Rumpel im Voitsberger Revier mehr Glend gelitten.

Streit in Indien.

Die bürgerlichen Blätter melden Religionskämpfe. Stimmt. Hinter diesen verbergen sich aber Klassenkämpfe. 100.000 Arbeiter streiken, Polizeiwachen werden erklärt. Das sind keine Religionskämpfe mehr!

Verschiedenes.

3,5 Millionen Arbeitslose in Deutschland. 2 029 000 beziehen die Hauptunterstützung, 138 000 die Krisenunterstützung, 700.000 sind ohne Unterstützung und 750 000 stehen in Kurzarbeit.

Folgen der Grippe. In Paris sind 2800 Personen an Lungenentzündung während der Grippe erkrankt.

Die größte Kälte. Bis jetzt war der 3. Februar der kälteste Tag seit 79 Jahren. In Maria-Trost wurden an diesem Tage um 8 Uhr früh 33 Grad gemessen. In Böhmen gab es Temperaturen mit 37 Grad unter Null.

Aus der Haft befreit. Der kommunistische Redakteur Kranez sollte in Agram vom Polizeigefängnis ins Landesgericht gebracht werden. Auf dem Wege dorthin wurde ihm von Genossen aus dem ersten Stockwerke eines Hauses ein Seil zugeworfen, das er erfaßte. Die Genossen zogen ihn sofort durch das Fenster. Als der Polizist ins Haus kam, war es schon zu spät. Der Gerettete und die mutigen Genossen waren verschwunden.

Parteinachrichten.

Graz.

Mitglieder der Kommun. Opposition!

Der Jännerbeitrag ist fällig! Jeder Beitragsrückstand ist zu vermeiden, damit die erworbenen Mitgliedsrechte nicht verlustig gehen. Die Einzahlungen sind laut Beschluß der letzten Jahresversammlung bei den Vertrauensmännern selbst zu leisten. Die Abrechnungen beim Hauptkassier haben die Vertrauensmänner bis 6. eines jeden Monats durchzuführen. Die Org.-Leitung.

Wien.

Arbeiter-Bildungsverein „Mary-Genin“.

Freitag den 15. Februar, halb 8 Uhr abends, 9. Bez., Bazarettgasse 12, G.-Haus Nimmrichter, 2. Vortrag des Prof. „Probleme der russischen Revolution“: „Die neue ökonomische Politik“, Ref. Gen. Kurt Landau. Gäste willkommen! Freie Diskussion!

Hammer mit 2 Betten oder guten Bettolag bei proletarischen Freunden auch verheirateter Bauarbeiter. Zuschrift unter „Mach unter Beizangabe“.